Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Pressemitteilung
Kiel, 02.04.2009

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

HSH-Nordbank: Gegen den Staatsvertrag und für Aufklärung

Zur morgigen Abstimmung über das Rettungspaket für die HSH-Nordbank und zur Forderung der Landtagsopposition von FDP, Grünen und SSW nach einem Untersuchungsausschuss zur Aufdeckung der Vorgänge in der Landesregierung in Verbindung mit der Bankenrettung erklärt die Vorsitzende des SSW im Landtag, ***Anke Spoorendonk****:*

„Der SSW wird morgen im Landtag gegen den Staatsvertrag über das Rettungspaket stimmen. Wir erkennen an, dass es im Moment grundsätzlich wenig andere Handlungsoptionen gibt. Dass dies so ist dafür trägt aber allein die Landesregierung die Verantwortung und deshalb bleibt es das Los der Großen Koalition, die ungenießbare und möglicherweise sogar giftige Suppe auszulöffeln, die Finanzminister Wiegard für Schleswig-Holstein zubereitet hat.

Es wird immer deutlicher, dass das Krisenmanagement der Landesregierung spätestens seit November 2008 vollkommen versagt hat. Der Finanzminister und der Ministerpräsident haben den Landtag systematisch über die Handlungsoptionen im Unklaren gelassen und Entscheidungen verschwiegen. Dadurch haben sie die Entscheidungsfindung des Parlaments behindert und eine schier ausweglose Situation herbeigeführt.

Unabhängig von der morgigen Entscheidung über das Rettungspaket muss der gesamte Landtag ein Interesse daran haben, dass diese Vorgänge aufgeklärt und aufgearbeitet werden. Einen derart stümperhaften Umgang

mit einer so ernsthaften Krise, der die gesamte finanzielle Existenz des Landes auf Spiel setzt, darf es nie wieder geben. Insofern rechtfertigt allein schon ein möglicher pädagogischer Effekt eine gründliche Aufarbeitung der Vorgänge, von politischen und personellen Konsequenzen ganz zu schweigen.“